

wie hohen Zielen der ökumenischen Friedensethik wenig Sympathie entgegenzubringen. So moniert Garstecki, Stålsett mache die falsche Offerte zur falschen Zeit. Sein Plädoyer für den „gerechten Krieg“ laufe Gefahr, als Legitimationsformel für jeglichen Interventionismus mißbraucht zu werden.

Einmal mehr zeugt die Diskussion, die Stålsett ausgelöst hat, von den enormen Schwierigkeiten, angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Umbruchsituation – vor allem aber angesichts der Vielzahl der unerwartet ausgebrochenen ethnischen Konflikte – um eine friedensethische Neuorientierung zu ringen. Es geht um den Versuch einer Positionsbestimmung, bei der „der gerechte Frieden als Ziel“ unumstritten ist, der Weg jedoch, diesen allererst herbeizuführen, weder politisch noch ethisch gefunden, geschweige denn erprobt ist.

Für diese Neuorientierung ist die Auseinandersetzung mit der sozialethischen Tradition und damit auch mit der Lehre vom gerechten Krieg, schon um der Vermittlung der sichtbar konträren friedensethischen Positionen willen, sicher notwendig und hilfreich. In der Rede vom „gerechten Krieg“ muß jedoch immer die Geschichte des Mißbrauchs dieser Doktrin mitgedacht werden, um die große Gefahr der ideologischen Instrumentalisierung zur Hoffähigkeit von Krieg und Gewalt nicht aus den Augen zu verlieren. Aus dem aktuellen Sprachgebrauch sollte der „gerechte Krieg“ daher besser gestrichen werden. fo

## Signale

*Die CDU und die Diskussion um das christliche Fundament*

Kurz nacheinander fanden Ende Juni in Bonn zwei Veranstaltungen statt, bei denen es um den Stellenwert des Christlichen für die deutsche Politik im allgemeinen und für Profil und Programmatik der CDU im besonderen ging. Am

22. Juni hielt der „Kardinal-Höfner-Kreis“ seine Gründungsversammlung ab, dem vor allem Unionspolitiker angehören und der nach Aussage seines Vorsitzenden, Arbeitsminister *Norbert Blüm*, ein „Forum engagierter Christen“ an der Nahtstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sein möchte (Rheinischer Merkur, 18. 6. 93). Am 25./26. Juni veranstaltete die CDU ein „Grundsatzforum“, bei dem *Renate Köcher* vom Allensbacher Institut für Demoskopie, Bischof *Karl Lehmann*, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, und der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof *Johannes Hempel* (Dresden), über die Bedeutung des Christlichen für unsere Gesellschaft referierten.

Das Forum sollte die bisherige Diskussion über den Entwurf zu einem neuen *CDU-Grundsatzprogramm* (vgl. HK, März 1993, 120 ff.) bündeln. In diesem Entwurf finden sich zur Frage nach dem „C“ im Parteinamen etliche markante Absichtserklärungen. Gleich zu Beginn des Kapitels „Wir christlichen Demokraten“ heißt es: „Das christliche Verständnis vom Menschen ist die Grundlage für unser politisches Handeln.“ Einige Abschnitte weiter wird dann formuliert, es sei die „besondere Selbstverpflichtung der CDU“, für die christlichen Wertgrundlagen Deutschlands einzutreten und auch in einer „zunehmend säkularisierten Welt“ dieses Fundament der freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken.

Die Reaktionen von Parteimitgliedern und -gremien auf diese und ähnliche Formulierungen sind *recht unterschiedlich* ausgefallen. Die einen wünschen sich verbindlichere und inhaltlich deutlichere Aussagen über das christliche Verständnis vom Menschen als maßstabgebende Größe für das politische Handeln der CDU; andere empfinden die einschlägigen Sätze im Entwurf als zu dick aufgetragen und zu präventios und verweisen auf die Mehrheit der Nichtchristen in den neuen und den Rückgang der Kirchenbindung in den alten Bundesländern. Wieder andere geben in Äußerungen zu den C-bezoge-

nen Passagen im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm vor allem ihre Verlegenheit und Unsicherheit angesichts der Selbstverpflichtung der CDU auf die christlichen Wertgrundlagen zu Protokoll. Damit spiegeln die Voten zum Entwurf die Diskussions- und Stimmungslage in der CDU im Blick auf ihr „hohes C“ wider.

Diese Diskussion speist sich derzeit aus verschiedenen Quellen: Sie wird zum einen von der Gruppe in der Partei mitbestimmt, die von einem ausgesprochen christlich-konservativen Standpunkt aus der CDU vorwirft, sie habe sich – wie im übrigen auch weite Teile der Kirchen – zu ihrem Schaden längst dem herrschenden Zeitgeist angepaßt. Mancher trauert der Zeit nach, in der die CDU ihren Führungsnachwuchs aus dem Reservoir der katholischen Verbände und Vereinigungen schöpfen konnte und die Beziehungen zwischen dem katholischen Milieu und den C-Parteien einigermaßen selbstverständlich funktionierten. Schließlich gibt es auch die Sorge, grundsätzliche Wertfragen kämen im heutigen hektischen Politikbetrieb zu kurz und deshalb könne eine Neubesinnung auf das christliche Fundament der CDU als Herausforderung und Anstoß nichts schaden.

In welche Richtung sich der Höfner-Kreis innerhalb dieses Spektrums entwickelt, muß sich erst zeigen. Bleibt er ein locker organisiertes Gesprächsforum über politische Grundsatzfragen und das Verhältnis von Glaube und Politik oder führt der Weg mittelfristig zu einer Art „katholischer Arbeitskreis“ als Pendant zum Evangelischen Arbeitskreis in der CDU? Wird er zu einem Sammelbecken unzufriedener katholischer CDU-Mitglieder, in dem man alten Zeiten nachhängt und Frustrationen ablädt oder versucht er, offen und ohne ideologische Scheuklappen die Probleme einer christlichen Partei in einem säkularer werdenden Umfeld aufzugreifen?

Bischof Lehmann hat bei seinem Referat auf dem Grundsatzforum der CDU unter anderem ins Stammbuch geschrieben, wenn sich eine Partei funda-



mental und programmatisch auf das Christliche berufe, könne sie nicht davon absehen, „daß die Berufung auf das christliche Welt- und Menschenbild zuerst und vor allem die gelebte Stärke dieses Glaubens voraussetzt“. Der christliche Glaube sei kein Kapital, das man ewig abschöpfen könne, ohne selbst etwas zu investieren. Es kommt also vor allem auf das sachkundige politische Engagement von in Kirche und Glauben verwurzelten Christen an, nicht nur, aber gerade auch in der CDU. ru

## Hoffnungen

*Ein neuer Bischof für die niederländische Diözese Roermond*

Bekanntlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer. Dieses Sprichwort gilt auch bei kirchlichen Personalentscheidungen. Aber für die katholische Kirche in den Niederlanden könnte sich die Mitte Juli erfolgte Ernennung des fünfzigjährigen Pfarrers und Domkapitulars *Frans Wiertz* zum neuen Bischof von Roermond als erster Schritt zur Verbesserung und Entkrampfung des massiv gestörten innerkirchlichen Gesprächsklimas erweisen. Der neue Bischof muß in der eigenen Diözese ein schwieriges Erbe antreten: Sein Vorgänger, Bischof *Johannes Gijsen*, wollte das Bistum zum katholischen Bollwerk gegen der kirchlichen Pluralisierung nach dem Zweiten Vatikanum wie gegenüber der gesellschaftlichen Säkularisierung machen. Mit seinem starren Kurs trieb er viele Priester und Laien in die innere Emigration und belastete die Arbeit der Bischofskonferenz. Im Januar trat er 60jährig aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück.

Kurz nach dem Amtsverzicht von Bischof *Gijsen* sorgten dann die teilweise undurchsichtigen und unerquicklichen Vorgänge um den Rücktritt des Rotterdamer Bischof *Ronald Bär* (vgl. HK,

April 1993, 212) für Unruhe in der katholischen Kirche der Niederlande. Der in seiner Diözese wie darüber hinaus angesehene und vor allem wegen seiner Gesprächsbereitschaft nach allen Seiten geschätzte Bischof reagierte mit seinem überraschenden Rücktritt auf Vorwürfe, er habe durch homosexuelle Beziehungen sein Zölibatsversprechen gebrochen. Im Fall *Bär*, der in den Niederlanden einige Wochen lang für Schlagzeilen sorgte, machte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Utrechter Erzbischof Kardinal *Adrian Simonis*, keine besonders gute Figur. Nach dem Amtsverzicht von Bischof *Bär* waren in den Niederlanden drei der insgesamt sieben Bistümer vakant.

Kaum hatte sich die Aufregung um den Bischof von Rotterdam wieder gelegt, eskalierten die Spannungen im Bistum Haarlem, das seit zehn Jahren von dem früheren Missionsbischof *Hendrik Bomers* geleitet wird. Nachdem bekanntgeworden war, daß *Bomers* ohne jede Konsultation mit den entsprechenden Stellen und Gremien die Errichtung eines Priesterseminars der Neukatechumenalen Bewegung im Bistum Haarlem genehmigt hatte, trat der für die Priesterausbildung zuständige Bischofsvikar vorzeitig in den Ruhestand; die Leitung des diözesanen Zentrums für die Ausbildung von Priestern und Diakonen trat geschlossen zurück. Die in der „Vereinigung von pastoral Tätigen“ (VPW) zusammengeschlossenen Priester und Pastoralreferenten des Bistums forderten bei ihrer Jahrestagung im Mai den Bischof zum Rücktritt auf und verabschiedeten eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Wir schämen uns über die Art und Weise, in der Bischof *Bomers* seit fast zehn Jahren unser Bistum frustriert und entmutigt.“

Inzwischen wurde eine fünfköpfige Kommission eingesetzt (sie besteht aus Priestern und Laien, die alle nicht aus dem Bistum Haarlem stammen), die bis zum 1. November die Probleme im Blick auf die Amtsausübung von Bischof *Bomers* analysieren und dem Bischof Vorschläge für seine zukünftige Amtsführung unterbreiten soll. Beschlossene Sache ist auch die Schaffung

einer Arbeitsgruppe auf der Ebene der Bischofskonferenz, die den *Dialog* innerhalb der katholischen Kirche der Niederlande voranbringen soll. Sie soll untersuchen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit der Dialog zustande kommt.

Der neue Bischof von Roermond paßt in dieses Bild. *Frans Wiertz* äußerte bei einer Pressekonferenz kurz nach seiner Ernennung, er sei nicht glücklich über die Polarisierung im Bistum Roermond; es sei nicht gut, wenn Gruppen über längere Zeit keinen Kontakt mehr miteinander hätten. Dem neuen Bischof, der seit seiner Priesterweihe in der Pfarrseelsorge tätig war, geht der Ruf voraus, ein gesprächsbereiter, kommunikationsfähiger Priester zu sein, der mit Menschen umgehen kann. Man wird abwarten müssen, wie die noch ausstehenden Ernennungen für Rotterdam und Breda ausfallen (in Breda amtiert Bischof *Hubert Ernst* seit seinem Rücktritt im Sommer 1992 als Apostolischer Administrator und hat sich gerade in den letzten Monaten als entscheidende Stütze der Bischofskonferenz erwiesen). Aber es ist zu hoffen, daß der Papst auch für diese beiden niederländischen Diözesen Bischöfe ernennen wird, die nicht schon durch ihre Person und ihren Stil für neue Konfrontation sorgen, sondern ausgleichend wirken können.

In *Flandern* hat der interdiözesane Pastoralrat vor einigen Monaten einen eindringlichen Aufruf zum innerkirchlichen Dialog veröffentlicht (vgl. HK, Juni 1993, 280 ff.). In der *Bundesrepublik* erweist sich das Dialogpapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als wichtiger Katalysator für den vielfachen Wunsch nach einem offenen Gespräch über anstehende Probleme der Kirche und ihres Auftrags in einer religiös nicht einfach unsensiblen, wohl aber dem gelebten Christentum weithin entfremdeten Gesellschaft. Auch in der katholischen Kirche der Niederlande führt am Dialog kein Weg vorbei, auch wenn er angesichts der sehr unterschiedlichen Kirchenbilder und Glaubensverständnisse nicht einfach ist. ru